

Frauen werbt und

WÄHLT,

www.cocolare.net

jede Stimme

ZÄHLT,

jede Stimme

WIEGT,

Frauenwille

SIEGT!

Wahlslogan von Elly Heuss-Knapp zur ersten Wahl von Frauen in Deutschland am 19. Januar 1919

FRAUEN ENTSCHEIDEN DIE WAHL!

WAHLPRÜFSTEINE ZUR FRAUEN- UND
GENDERPOLITIK IN NIEDERSACHSEN FÜR
DIE LANDTAGSWAHL AM 9. OKTOBER 2022

**Landesfrauenrat
Niedersachsen e.V.**



Zusammenschluss Niedersächsischer
Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände

LAG Gleichstellung

Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen-
und Gleichstellungsbüros Niedersachsen

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	3
1. Bildung und Ausbildung	4
2. Digitalisierung	5
3. Erwerbsarbeit und soziale Sicherung	6
4. Gender Budgeting	7
5. Gesundheit	8
6. Gewalt	9
7. Gleichstellungsstrukturen	10
8. Migration und Integration	11
9. Nachhaltigkeit	12
10. Teilhabe und Repräsentanz	13

EINLEITUNG

Für die 19. Legislaturperiode des Niedersächsischen Landtages fordern der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. (LFRN) und die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros Niedersachsen (LAG Gleichstellung), Gleichstellungspolitik inhaltlich und strategisch konsequent in alle Politikbereiche zu integrieren.

Die Corona-Pandemie hat einen deutlichen Digitalisierungsschub von Wirtschaft und Gesellschaft mit sich gebracht. Zugleich ist zu beobachten, dass sich – infolge von Homeoffice und Telearbeit – geschlechtstypische Arbeitsteilungen und alte Rollenbilder wieder verfestigen, da Frauen einen höheren Anteil an unsichtbarer und unbezahlter Care-Arbeit übernehmen.

Eine strategische Verknüpfung von Gleichstellungs- und Digitalisierungspolitik muss gewährleisten, dass Frauen von der digitalen Transformation in gleicher Weise wie Männer profitieren.

Um zielgerichtet strukturelle Benachteiligungen von Frauen abbauen zu können, ist es notwendig, auch die Kategorien Herkunft, Behinderung und Alter einzubeziehen.

Gleichstellung dient der Gesellschaft insgesamt und kann nachhaltig nur im Zusammenwirken von Frauen und Männern erreicht werden, indem Geschlechterstereotypen aufgelöst und Geschlechterverhältnisse partnerschaftlich gestaltet werden.

1. BILDUNG UND AUSBILDUNG

Mädchen und junge Frauen erwerben vielfach höhere und bessere Schulabschlüsse als Jungen und Männer, gleichwohl zahlt sich dies für sie bei Einkommen und Karriere noch nicht aus. Nach wie vor bestehen Unterschiede u.a. hinsichtlich Berufswahl, Arbeitszeiten und Vergütung (Gender Pay Gap), denen entgegenzuwirken ist. Ein entscheidender Faktor in der heutigen Arbeitswelt sind digitalisierungsbezogene Kompetenzen, deren Erwerb auch für Mädchen und Frauen sichergestellt werden muss.

Wir fordern:

- ✓ **Motivierung** von Mädchen und jungen Frauen für die Wahl von MINT-Fächern in Schule und Studium u.a. durch Anpassung von Lerninhalten und -kulturen
- ✓ Zukunftsfähige Konzepte für die **Berufswahlorientierung** von Mädchen und Jungen, um die immer noch vorhandene Aufteilung in „Frauenberufe“ und „Männerberufe“ aufzulösen
- ✓ Ausbau flexibler **Fort- und Weiterbildungsangebote** u.a. auch zum Erwerb der Zukunftskompetenz Digitalisierung
- ✓ **Verzahnung von Gender- und Digitalisierungskompetenz**, um die Zusammenhänge zwischen Technik, Gesellschaft und Geschlecht deutlich zu machen
- ✓ Stärkung der **genderbezogenen Digitalisierungskompetenz**, vor allem die der Lehrenden in Schulen und Hochschulen, aber auch der Beschäftigten in Wirtschaft und Verwaltung

2. DIGITALISIERUNG GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN

Die Corona-Krise hat die Diskussion um die Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft intensiviert. Dabei kommt es darauf an, die digitale Zukunft geschlechtergerecht zu gestalten, d.h. bestehende strukturelle Benachteiligungen von Frauen auszugleichen und künftig auszuschließen. Neben technischen Innovationen sind zugleich die notwendigen gesellschaftlichen und sozialen Innovationen in den Blick zu nehmen.

Wir fordern:

- ✓ Erarbeitung einer umfassenden **geschlechtergerechten Digitalisierungsstrategie** für Niedersachsen, unter Beteiligung der relevanten Akteur*innen
- ✓ Geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie **Entwicklung und Gestaltung von Technik** unter Einbeziehen der Genderforschung, insbesondere der Nutzer*innenperspektive
- ✓ **Rahmenbedingungen mobiler Arbeit** geschlechtergerecht gestalten, um einer Vermischung von Erwerbs- und Sorgearbeit entgegenzuwirken
- ✓ **Digitalisierungsbezogene Kompetenzen**¹ geschlechtergerecht in Arbeitsbewertungen einbeziehen, insbesondere in sogenannten „Frauenberufen“, in denen sie bislang kaum anerkannt werden, wie z.B. der Pflege
- ✓ Änderung von **Arbeitskulturen** („fix the company“), damit Berufe in der digitalen Wirtschaft für gut ausgebildete Frauen attraktiver werden

1 Unter „Digitalisierungsbezogene Kompetenzen“ fassen wir u.a.:

- Technik (PC bedienen, Programme anwenden)
- Informationen im Netz suchen und bewerten
- Verantwortungsvoll digital kommunizieren (Daten-, Persönlichkeitsschutz)
- Zusammenhänge von Technik und Gesellschaft erkennen

3. ERWERBSARBEIT UND SOZIALE SICHERUNG

Existenzsichernde Erwerbsarbeit ist für viele Frauen der Schlüssel zur finanziellen Unabhängigkeit und muss auch in sozialen Berufszweigen gewährleistet werden. Die Lebensverläufe von Frauen werden nach wie vor von einem höheren Anteil unbezahlter Care Arbeit geprägt. Zur Vermeidung struktureller Benachteiligung sind Frauen auf die Sicherstellung eines guten Betreuungsangebotes angewiesen. Die Pandemie hat deutlich gezeigt, an welchen Stellen Veränderungen notwendig sind.

Wir fordern:

- ✓ Eine Landesinitiative zur **Sozialversicherungspflicht bei Minijobs** ab dem ersten Cent
- ✓ Zugang zum **zweiten Bildungsweg** für Frauen insbesondere mit Familienaufgaben
- ✓ Angemessene tarifliche **Vergütung und Bewertung** der Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen
- ✓ Ausweitung und Flexibilisierung von **Betreuungsangeboten** für alle Kinder bis 12 Jahren
- ✓ Ausreichende Angebote zur **Entlastung von pflegenden Angehörigen**
- ✓ **Förderprogramme für Existenzgründerinnen** insbesondere in Berufszweigen, die verstärkt von Frauen gewählt werden, sowie in der digitalen Wirtschaft

4. GENDER BUDGETING

Die Entscheidungen, wofür öffentliche Mittel verwendet werden, stellen in einem demokratischen Staat zentrale Weichenstellungen dar, welche auch zur Verwirklichung von Verfassungszielen dienen. Zur Umsetzung des grundgesetzlichen Gleichstellungsauftrags bedarf es daher des Gender Budgetings, d.h. einer systematischen und transparenten Analyse, wer von welchen Haushaltsmitteln besonderes profitiert und wie eine geschlechtergerechte Verteilung strukturell gesichert werden kann.

Wir fordern:

- ✓ **Analyse** des Landeshaushalts im Hinblick auf die Gleichstellungsrelevanz
- ✓ **Transparente Darstellung** der Ergebnisse für die notwendige öffentliche Diskussion
- ✓ Orientierung der Mittelvergabe an den gleichstellungspolitischen Zielen der Landesregierung und der Ministerien durch einen **verpflichtenden Gleichstellungsscheck**
- ✓ **Nachweis** über den geschlechtergerechten Einsatz von Mitteln, auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
- ✓ Auftrag zur qualitativen **Prüfung** durch den Landesrechnungshof im Hinblick auf die Aspekte der strukturellen Ungleichbehandlung

5. GESUNDHEIT

Die Gesundheitsversorgung muss den Blick auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Geschlechter in der Medizin und dem Gesundheitswesen insgesamt lenken. Eine gerechte und gleiche Verteilung der Gesundheitschancen, eine systematische Berücksichtigung von Frauen und Männern in allen Versorgungs- und Lebensbereichen müssen verfolgt und Benachteiligungen abgebaut werden.

Wir fordern:

- ✓ In allen Teilen Niedersachsens muss für alle Frauen eine **gute und erreichbare Gesundheitsversorgung** gewährleistet sein
- ✓ „Gesundheit rund um die Geburt“: **Umsetzung des Nationalen Gesundheitszieles** auf Landesebene insbesondere durch
 - Verbesserung der Geburtshilfe aus frauenspezifischer Sicht
 - Verbesserung der Hebammensituation
 - Aufnahme der Geburtshilfe in die Grundversorgung und Verhinderung der Schließung von Geburtskliniken
- ✓ **Kostenübernahme von Verhütungsmitteln** für Frauen über 22 Jahren, die für ihren Lebensunterhalt staatliche Zuschüsse beziehen
- ✓ **Schwangerschaftsabbrüche wohnortnah** ermöglichen
- ✓ **Erstellung eines Frauengesundheitsberichts** für Niedersachsen und Entwicklung daraus resultierender Maßnahmen

6. GEWALT

Gewalt findet inmitten unserer Gesellschaft statt und geht überwiegend von Männern aus. Besonders häufig erleben Frauen Gewalt durch den Partner bzw. Ex-Partner. Die Zahl der polizeilich erfassten Delikte steigt jährlich weiter an. Im Jahr 2020, dem ersten Jahr der Pandemie, war der Anstieg überproportional hoch (4,4%). Der Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht; dies umfasst auch den Schutz vor Genitalverstümmelung, Zwangsheirat und Zwangsprostitution. Die Istanbul-Konvention, die seit 2018 auch in Deutschland gilt, verpflichtet den Staat, wirksame Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen zu treffen.

Wir fordern:

- ✓ Nachhaltige Finanzierung und bedarfsgerechte Ausstattung der **Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen**
- ✓ Flächendeckenden Ausbau der **Beratungs- und Therapieangebote** für Frauen („ohne weite Wege“)
- ✓ Flächendeckenden Ausbau und finanzielle Absicherung der Beratungsstellen zur **Täterarbeit (Täterberatung)**
- ✓ Schutz vor **geschlechtsbezogener digitaler Gewalt**, u.a. durch Ausbau von Fachberatungsstellen und einer verbesserten Kooperation der zuständigen Stellen
- ✓ **Verpflichtende Schulungen** für Polizei, Justiz und Lehrpersonal
- ✓ Weiterentwicklung und Umsetzung der offenen Handlungsfelder des **Landesaktionsplans III** zur Bekämpfung häuslicher Gewalt in Paarbeziehungen

7. GLEICHSTELLUNGSSTRUKTUREN

Gleichstellungspolitische Instrumente und Strukturen schaffen die Rahmenbedingungen für die tatsächliche Durchsetzung gleicher Chancen. Nach wie vor fehlt es an einer durchgängigen und stringenten Gleichstellungspolitik. Der Ansatz des Gender Mainstreaming, d.h. das Einbeziehen von Gleichstellungsaspekten als Querschnittsaufgabe, ist auf kommunaler sowie Landesebene konsequent umzusetzen. Dazu sind strukturelle Änderungen in den Institutionen von Politik und Verwaltung erforderlich.

Wir fordern:

- ✓ Ressortübergreifende **Gleichstellungsstrategie** des Landes, verbunden mit einem durchgängigen **Gleichstellungsscheck** von Gesetzen und Maßnahmen
- ✓ Erhebung und Auswertung von **Daten, durchgängig nach Geschlecht differenziert** für eine verbindliche **geschlechtergerechte Wirkungsanalyse**
- ✓ Zukunftsfähige **Fortentwicklung** des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (**NGG**), insbesondere Ausbau der Rechte der Gleichstellungsbeauftragten in Verwaltungen, Hochschulen und Schulen
- ✓ **Hauptberufliche Beschäftigung** der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
- ✓ Sicherung der **gleichstellungspolitischen Infrastruktur** in Niedersachsen, d.h. insbesondere eine auskömmliche finanzielle Förderung des LFRN, der LAG Gleichstellung, der Vernetzungsstelle (Gleichberechtigung und Vernetzung e.V.) und der Gleichstellungsbeauftragten

8. MIGRATION UND INTEGRATION

Der Anteil an Ausländer*innen in Niedersachsen ist in den letzten 10 Jahren von 6,7 Prozent auf knapp 10 Prozent angestiegen. Ende 2020 lebten knapp 400.000 Migrantinnen in Niedersachsen, Tendenz steigend. Sie haben das Recht, ihre vielfältigen Ressourcen und Kompetenzen in die Gesellschaft einzubringen und eine Zukunftsperspektive für sich und ihre Familien zu entwickeln. Zuwanderungs- und Integrationspolitik muss als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche berücksichtigt werden.

Wir fordern:

- ✓ Erleichterte Möglichkeiten **Qualifikationen anzuerkennen** und fehlende **Bildungsabschlüsse nachzuholen**
- ✓ Fortführung und Ausbau der **Finanzierung von Sprachförderung** von der Alphabetisierung bis zum Sprachniveau B2 inklusive gesicherter Kinderbetreuung für alle Altersgruppen
- ✓ Ausbau von **Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen** für Alleinerziehende und von Zwangsheirat, Menschenhandel, Zwangsprostitution oder Genitalverstümmelungen bedrohte oder betroffene Frauen
- ✓ Landeseinheitliche Regelungen und **Zugang zur Gesundheitsvorsorge**
- ✓ Zusätzliche Stellen für **Integrationshelfer*innen**, damit mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund, insbesondere Mädchen, Schule und Ausbildung erfolgreich abschließen

9. NACHHALTIGKEIT

Die Agenda 2030 der UN-Vollversammlung, die 17 Nachhaltigkeitsziele festlegt, ist Grundlage der Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen. Diese Strategie definiert Handlungsfelder mit Indikatoren für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Auch Geschlechtergerechtigkeit ist als Querschnittsthema bei allen 17 Zielen durchgängig zu berücksichtigen.

Wir fordern:

- ✓ Verknüpfung von **Nachhaltigkeits- und Gleichstellungsstrategie**
- ✓ **Mobilitätskonzepte**, die auch die vielfältigen Bedarfe von Frauen und Familien berücksichtigen, z. B. durch sichere Rad- und Fußwege, auch im ländlichen Raum
- ✓ Ausbau eines flächendeckenden und bezahlbaren **ÖPNV-Angebotes**
- ✓ Förderung von Gleichstellungs- und Sicherheitsaspekten in der **Stadtplanung und -entwicklung**
- ✓ **Bezahlbaren Wohnraum** für Alleinerziehende, Familien und Alleinstehende
- ✓ Berücksichtigung der **besonderen Bedarfe wohnungsloser Frauen**

10. TEILHABE UND REPRÄSENTANZ

Frauen sind in Parteien, Parlamenten, Führungspositionen und Entscheidungsgremien auf allen Ebenen von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft nach wie vor unterrepräsentiert. Es ist wichtig, dass Frauen und Männer gleichberechtigt ihre Erfahrungen und Perspektiven einbringen. Der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen stehen Strukturen und Kulturen entgegen, die auf überholten Rollenvorstellungen beruhen.

Wir fordern:

- ✓ Ein **Paritätsgesetz**, damit Frauen und Männer in den Parlamenten auf Landes- und kommunaler Ebene zu gleichen Teilen vertreten sind
- ✓ Paritätische Besetzung von **Gremien und Regierungsämtern**
- ✓ Frauen in **Führungspositionen** stärken und sichtbar machen
- ✓ **Abbau von Rollenstereotypen** bei der Besetzung von Gremien und der Vergabe von Führungspositionen
- ✓ **Empowerment** von Frauen und **Sensibilisierung** von Männern, um gemeinsam Geschlechtergerechtigkeit durchzusetzen
- ✓ Eine geschlechtergerechte **Engagementstrategie**

QUELLEN:

4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen, November 2020
4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, November 2020

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.

Zusammenschluss Niedersächsischer
Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände

Der **Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. (LFRN)** ist ein Zusammenschluss von 60 Frauenverbänden und Frauengruppen gemischter Verbände der in Niedersachsen über 2,2 Millionen Frauen vertritt. Der LFRN arbeitet überparteilich und überkonfessionell und respektiert die unterschiedlichen Zielsetzungen der Mitgliedsverbände. Ziel der gemeinsamen Arbeit ist die Umsetzung der in Artikel 3 Grundgesetz verankerten Gleichheits- und Gleichberechtigungsgebotes.

www.landesfrauenrat-nds.de

LAG Gleichstellung

Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen-
und Gleichstellungsbüros Niedersachsen

Die **Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros Niedersachsen (LAG Gleichstellung)** ist eine landesweit agierende Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Niedersachsen. Rund 250 haupt-, neben- und ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte aus allen Kommunen Niedersachsens arbeiten zusammen, um ihre Expertise zu bündeln und gemeinsam das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen.

www.gleichstellung-niedersachsen.de

HERAUSGEBER*INNEN:

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.



Zusammenschluss Niedersächsischer
Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.

Geschäftsstelle

Hilde-Schneider-Allee 25

30173 Hannover

Telefon 0511 321031

mail@landesfrauenrat-nds.de

www.landesfrauenrat-nds.de

LAG Gleichstellung

Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen-
und Gleichstellungsbüros Niedersachsen

Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und
Gleichstellungsbüros Niedersachsen

Sodenstraße 2

30161 Hannover

Telefon 0511 336506-27

lag@gleichstellung-niedersachsen.de

www.gleichstellung-niedersachsen.de

Die Arbeit wird gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Stand: März 2022